

ten bleiben aber eigentlich nur wir übrig, die Menschen im Ausland. Uns soll eingeredet werden, so eine Atomkatastrophe sei nicht so schlimm, so eilig bräuchten wir unsere Atomkraftwerke nicht abzuschalten. Wenn hier in Deutschland oder in Frankreich ein solches Atomunglück geschehe, so sei das durchaus verkraftbar.

Die Leute in Japan wissen es besser. Mehr als 160.000 Menschen, überwiegend Strahlenflüchtlinge, leben heute, 2 Jahre nach der Katastrophe, noch immer in Notunterkünften. Von rund 80.000 im vorigen Jahr untersuchten Kindern und Jugendlichen hatten mehr als 40 Prozent Veränderungen der Schilddrüse. Noch nicht einmal die Hälfte der Kinder in Fukushima ist überhaupt untersucht worden.

Bei 151 Kindern wurden bisher weitergehende Untersuchungen durchgeführt. Bei ihnen fanden sich 10 Schilddrüsenkrebs- und Krebsverdachtsfälle. Normalerweise haben nur 1 bis 2 von 1 Million Kinder Schilddrüsenkrebs.

Wie am 10. März 2013 bekannt wurde, hat man auch in den weiter entfernt liegenden Präfekturen Aomori, Yamana-shi und Nagasaki bei 60 Prozent der untersuchten Kinder in deren Schilddrüsen Knoten und Zysten gefunden.

Die überwiegende Zahl der Kinder soll erst in 2 Jahren wieder untersucht werden. Denn, wie der Studienleiter in Fukushima erklärte, müßten die nötigen Spezialisten für Kinderschilddrüsen erst noch ausgebildet werden und stünden dann in 2 Jahren zur Verfügung.

Offizielle Politik ist, die vor der Strahlung geflüchteten Menschen zur Rückkehr in die alte Heimat zu bewegen. – Sie sind dann Versuchskaninchen.

Viel Kraft und Geld wird für sogenannte Dekontaminierungen der unmittelbaren Lebensumgebung aufgewandt. Das

ist jedoch eine Sisyphos-Arbeit. Denn aus den umliegenden Bergen und Wäldern fällt immer wieder neue Radioaktivität auf die Siedlungen herab. Und wohin mit den radioaktiven Abfällen? Das Ergebnis der Dekontaminierungsarbeiten ist lediglich eine Umverteilung der Radioaktivität, nicht ihre Beseitigung.

Der Glaube, ein hochtechnisiertes Land wie Japan könne die Probleme in den Griff bekommen und bewältigen, ist nichts weiter als ein frommer Wunsch. Die erste behördliche Maßnahme war, die Dosisgrenzwerte hochzusetzen, und zu behaupten, diese seien immer noch gesundheitlich zuträglich.

Mehr als 100 Bürgerinitiativen in Japan haben inzwischen eigene Meßgeräte angeschafft. Sie messen die radioaktive Verseuchung von Lebensmitteln, um die Aufnahme von Radionukliden über die Nahrung möglichst gering zu halten. Sie kontrollieren Dekontaminierungsversuche, führen Messungen der Ortsdosisleistungen und Ganzkörpermessungen durch. Und sie organisieren zeitweise Verschickungen der Kinder aus den höher verstrahlten Gebieten in weniger belastete Gegenden im tiefen Süden und hohen Norden Japans.

Allein diese Eigeninitiative der Menschen in Japan macht Hoffnung und stimmt trotz allem zuversichtlich. Sie verdienen jede Unterstützung. Wir können mit Spenden helfen – und in Deutschland zeigen, daß es auch ohne Atomkraft geht. Th.D. ●

Japan

Ortsdosisleistungen vor Fukushima

Das japanische Amt für Wissenschaft und Technik (Kagaku gijutsu cho) dokumentiert

Radioaktivitätsmessungen in Japan. Der 35. Band seiner Ergebnissammlungen befindet sich auch in der Staatsbibliothek zu Berlin. Er enthält unter anderem die Ergebnisse monatlicher Messungen der Ortsdosisleistungen von April 1993 bis März 1994 sowie das Mittel der drei Jahre zuvor für die Präfekturen Japans. Strahlentelex hat diese Ergebnisse zusammengestellt, sie können unter

www.strahlentelex.de/Ortsdosisleistungen_in_Japan_1993-94.pdf abgerufen werden. ●

Atompolitik

Millionenkredite für marode ukrainische AKW

Berlin, 25. März 2013. Mit der Entscheidung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), der Ukraine einen Kredit in Höhe von 300 Millionen Euro für die Modernisierung derzeit am Netz befindlicher Atomkraftwerke zu gewähren, übernehme die EBWE auch direkte Verantwortung für die Gefahr eines neuen Atomunfalls in der Ukraine, kritisieren die NaturFreunde Deutschlands und kündigen Protest in Berlin an.

Zuvor hatte bereits die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) beschlossen, ebenfalls 300 Millionen Euro für die Aufrüstung ukrainischer Atomreaktoren beizusteuern.

Die 15 in der Ukraine betriebenen Atomreaktoren sind Altreaktoren aus der sowjetischen Zeit. Wenn hier die EBWE behauptete, diese Reaktoren könnten „auf einen Stand gebracht werden [...], auf dem sie die internationalen Standards ebenso erfüllen wie die lokalen Vorschriften“, sei dies eine offene Lüge, so die NaturFreunde Deutschlands. ●



Unabhängige Meßstellen in Japan

Bürgerinnen und Bürger in Japan gründeten das Projekt 47: In jeder Präfektur soll eine Meßstelle für Bürger (Citizens' Radioactivity Measuring Station (CRMS); www.crms-jpn.com) errichtet werden. In Japan gibt es insgesamt 47 Präfekturen und inzwischen schon rund 100 Meßstellen in Bürgerhand, davon 9 in der Präfektur Fukushima.

In den Meßstellen wird vor allem die radioaktive Verseuchung von Lebensmitteln gemessen, wie das nach Tschernobyl rund 40 Bürgerinitiativen im deutschsprachigen Raum ebenfalls taten. Die Bürgerinitiativen kontrollieren aber auch Dekontaminationsversuche und führen Messungen der Ortsdosisleistung sowie Ganzkörpermessungen zur Beweissicherung durch.

Spenden zur Unterstützung dieser Arbeiten werden unter Angabe der Stichworte „Fukushima Projekt 47“ erbeten auf das Konto der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. bei der Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 294 29-208 BIC: PBNKDEFF; IBAN: DE 45 2001 0020 0029 4292 08

Die Spenden sind in Deutschland steuerlich abzugsfähig. Spendenbescheinigungen werden bei vollständiger Absenderangabe automatisch zugesandt.

Bis Ende Februar 2013 erbrachte dieser Spendenaufwurf bereits 11.656,40 Euro. Allen bisherigen Spenderinnen und Spendern sei herzlich gedankt. ●